Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3343

13. 12. 95

Große Anfrage

der Abgeordneten Regina Schmidt-Zadel, Ingrid Becker-Inglau, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Anni Brandt-Elsweier, Tilo Braune, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Marliese Dobberthien, Peter Enders, Petra Ernstberger, Lothar Fischer (Homburg), Dagmar Freitag, Arne Fuhrmann, Dr. Peter Glotz, Klaus Hagemann, Christel Hanewinckel, Stephan Hilsberg, Ingrid Holzhüter, Barbara Imhof, Horst Kubatschka, Klaus Kirschner, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Walter Kolbow, Brigitte Lange, Waltraud Lehn, Christa Lörcher, Dorle Marx, Ursula Mogg, Dr. Edith Niehuis, Doris Odendahl, Dr. Martin Pfaff, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Gerhard Rübenkönig, Gudrun Schaich-Walch, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Lisa Seuster, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Margitta Terborg, Wolfgang Thierse, Franz Thönnes, Reinhard Weis (Stendal), Hildegard Wester, Dr. Wolfgang Wodarg, Hanna Wolf (München), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Situation der Demenzkranken in der Bundesrepublik Deutschland

Mit der steigenden Zahl an hochbetagten Menschen nimmt auch die Zahl der Demenzerkrankungen zu. Die betroffenen Patienten benötigen mit fortschreitender Erkrankung eine immer umfangreichere Betreuung bis hin zu einer Pflege rund um die Uhr.

Diese Betreuung und Pflege wird derzeit in den meisten Fällen von Angehörigen geleistet. Die Angehörigen nehmen damit bei zunehmendem Krankheitsverlauf nicht nur eine große physische, sondern meist auch eine psychische, finanzielle und soziale Belastung auf sich.

Auch in den Alten- und Pflegeheimen nimmt der Anteil von Patienten mit Hirnleistungsstörungen zu. Dies führt zu veränderten Anforderungen an die Fachkräfte.

In der Vergangenheit wurden die mit Demenzen verbundenen Probleme beharrlich verdrängt. Die Erkrankten und ihre Angehörigen wurden und werden vielfach mit ihren Sorgen und Nöten allein gelassen. Dieser Zustand ist für die Kranken und ihre Angehörigen nicht weiter zu verantworten.

Der psychische Abbau und Verfall einer Persönlichkeit ist in jeder Altersstufe für die Betroffenen und für die Angehörigen ein schweres Schicksal, aber auch für die Gesellschaft Verpflichtung zur Betreuung und Pflege der Demenzkranken unter oftmals schwierigen Bedingungen und bei erheblichen Einschränkungen der eigenen Lebensgewohnheiten.

Aufgabe der Politik ist es, die betroffenen Menschen sowie die pflegenden Angehörigen und Fachkräfte mit den Problemen, die diese Krankheit mit sich bringt, nicht allein zu lassen, sondern Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Krankheit eingedämmt und die Belastung reduziert wird.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland leiden an einer Demenzerkrankung?

2. Um welche Demenzerkrankungen handelt es sich, und wie ist die Verteilung nach Alter und Geschlecht?

3. Liegen Erkenntnisse darüber vor, daß die Alzheimer Demenz als heterogene genetische Erkrankung in der Bevölkerung zunimmt, und heben sich regionale Unterschiede in der Häufigkeit wie auch in bezug auf Geschlecht und Alter ab?

4. Welche Prognosen liegen der Bundesregierung über die voraussichtliche Zunahme von Demenzerkrankungen bis zum Jahr 2010 vor?

5. Sind der Bundesregierung soziale Faktoren, Umweltfaktoren oder andere benennbare Faktoren bekannt, die zu einem gehäuften Auftreten von Demenzerkrankungen führen?

   Welche Möglichkeiten der Prävention ergeben sich aus diesen Erkenntnissen?

6. Wie ist der Stand der epidemiologischen Forschung, der Ursachenforschung und der klinischen Forschung auf dem Gebiet der Demenzerkrankung und speziell der Alzheimer Erkrankung?

7. Fördert die Bundesregierung diese Forschung?

   Wenn ja, durch welche Zuschüsse, bei welchen Forschungseinrichtungen und Projekten?

8. Welche Forschungsschwerpunkte will die Bundesregierung angesichts des wachsenden Problems der Demenzerkrankungen setzen?

   Welche zeitlichen Perspektiven gibt es hierzu?

9. Sind der Bundesregierung Forschungshindernisse der patientenbezogenen klinischen Grundlagenforschung bekannt?

10. Sind der Bundesregierung Forschungen bekannt, die einen möglichen Zusammenhang zwischen Morbus Alzheimer und anderen Demenzerkrankungen, wie z. B. das Creutzfeldt-Jakob-Syndrom sehen?

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die bereits in anderen Ländern angewandte Technik der Transplantation von embryonalen Hirnzellen bei Demenzerkrankungen?

    Gibt es von der Bundesregierung zu diesem Thema geförderte Forschungsvorhaben, und gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland bereits Menschen, an denen diese Therapieform (z. B. im Ausland) angewandt wurde?

12. Wie beurteilt die Bundesregierung die in Artikel 6 der Bioethikkonvention erlaubten Eingriffe an geschäftsunfähigen bzw. einwilligungsunfähigen Personen ohne unmittelbaren individuellen Nutzen?

13. Welche Therapien werden bei der Behandlung Demenzkranker angewandt, und wie sind die Erfolge?

14. Wie beurteilt die Bundesregierung die medikamentösen Therapien bei Demenzerkrankungen?

15. Sind diese Medikamente unumstritten und deshalb unverzichtbar für die Behandlung, oder sind unerwünschte Nebenwirkungen bekannt?

16. Welche Aussage zur Risiko- und Nutzenrelation dieser Medikamente – auch in Beziehung zur Dauerbehandlung – ist möglich?

    Wie hoch sind die Behandlungskosten mit diesen Medikamenten:

    a) fallbezogen,

    b) bezogen auf die Gesamtzahl der Demenzkranken?

17. Welche nicht-medikamentösen Therapien werden mit welchem Erfolg bei Demenzkranken eingesetzt?

18. Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Anzahl der betreuten Demenzkranken ist

    — in eigenen Wohnungen,

    — in Wohnungen Angehöriger,

    — in Alten- und Pflegeheimen,

    — in psychiatrischen Kliniken,

    — in Krankenhäusern?

19. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang sich die soziale und finanzielle Situation der pflegenden Angehörigen durch die Betreuung Demenzkranker verschlechtert?

20. Welche unterstützenden bzw. flankierenden Maßnahmen sieht die Bundesregierung, um die pflegenden Angehörigen und auch Pflegekräfte zu entlasten?

21. Auf welche Kenntnisse beruft sich die Bundesregierung bei ihrer Feststellung, daß es in Fällen von Überforderung bei der Pflege von Familienmitgliedern zur Gewaltanwendung kommt, und zeichnet sich hier eine Zunahme dieses Verhaltens ab?

22. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob es Qualitätsrichtlinien für die ambulante Versorgung Demenzkranker durch professionelle Pflegedienste gibt?

23. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach neuen, ergänzenden Versorgungsstrukturen im psychiatrischen Bereich mit dem Ziel, eine breite ambulante Versorgung der Demenzkranken zu erreichen?

24. Ist der Bundesregierung bekannt, daß aufgrund unterschiedlicher Sachkompetenz der Gutachterrunde oder unklarer Verwaltungsvorschriften fehlerhafte Eingruppierungen von Demenzkranken in die Pflegestufen der Pflegeversicherung erfolgen?

25. Wie beurteilt die Bundesregierung den Kenntnisstand der niedergelassenen Praktischen Ärzte und Ärzte für Allgemeinmedizin und der Fachärzte über die Demenzerkrankungen?

26. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Fortbildungsmaßnahmen der Ärztekammern über Demenzerkrankungen, und hält sie diese Veranstaltungen bzw. die Publikationen in ärztlichen Fachzeitschriften zur Information für ausreichend?

27. Ist nach Ansicht der Bundesregierung die Vermittlung der Erkenntnisse über Demenzerkrankungen in die ärztliche Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage auch genügend praxis- und patientenbezogen in bezug auf Prävention, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation integriert?

Bonn, den 8. Dezember 1995

Regina Schmidt-Zadel
Ingrid Becker-Inglau
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Anni Brandt-Elsweier
Tilo Braune
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Marliese Dobberthien
Peter Enders
Petra Ernstberger
Lothar Fischer (Homburg)
Dagmar Freitag
Arne Fuhrmann
Dr. Peter Glotz
Klaus Hagemann
Christel Hanewinckel
Stephan Hilsberg
Ingrid Holzhüter
Barbara Imhof
Horst Kubatschka
Klaus Kirschner
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Walter Kolbow
Brigitte Lange
Waltraud Lehn
Christa Lörcher
Dorle Marx
Ursula Mogg
Dr. Edith Niehuis
Doris Odendahl
Dr. Martin Pfaff
Dr. Edelbert Richter
Günter Rixe
Gerhard Rübenkönig
Gudrun Schaich-Walch,
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Heinz Schmitt (Berg)
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Bodo Seidenthal

Lisa Seuster
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Margitta Terborg
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Reinhard Weis (Stendal)
Hildegard Wester
Dr. Wolfgang Wodarg
Hanna Wolf (München)
Rudolf Scharping und Fraktion



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44